

2. Oktober 2001

### **Pröll: Keine Teuerung durch Euroumstellung Landesregierung beschloss klare Anweisung**

„Wir sprechen uns nicht nur entschieden gegen finanzielle Belastungen der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Euro-Umstellung aus, sondern wollen auch mit gutem Beispiel vorangehen“, betonte Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll. Auf seinen Antrag hat die NÖ Landesregierung in ihrer heutigen Sitzung eine Weisung an alle in der Landesvollziehung tätigen Behörden beschlossen: Bestehende Schilling-Beträge sind nach dem amtlichen Umrechnungskurs in Euro umzurechnen und kaufmännisch auf volle Cent-Beträge zu runden. Dabei können die Beträge zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger geändert werden.

Betroffen von der Weisung sind beispielsweise Bezirkshauptmannschaften, Magistrate der Städte mit eigenen Statut, Bundespolizeidirektionen und Bürgermeister im übertragenen Wirkungsbereich der Gemeinde. Dort, wo glatte Euro-Beträge erwünscht sind, wie z.B. bei Organstrafmandaten, Anonymverfügungen und Strafverfügungen, müssen die sogenannten „Glättungen“ stets zu Gunsten der Bürger erfolgen!

Den Gemeinden empfiehlt die Landesregierung, im eigenen Wirkungsbereich bei der Euro-Umstellung ebenso vorzugehen wie das Land.

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: [presse@noel.gv.at](mailto:presse@noel.gv.at)